Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 96 (2002)
Heft: 9

Artikel: Irrlichter auf dem Globalisierungspfad - und wegweisende Alternativen
Autor: Herfeldt, Matthias
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-144364

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Matthias Herfeldt

Irrlichter auf dem Globalisierungspfad – und wegweisende Alternativen

Globalisierung hat viele Gesichter. Selbst die globalisierungskritische Bewegung ist nicht gegen die Globalisierung an sich, sondern gegen die neoliberale Ideologie, die den ökonomisch dominanten Prozess steuert. Matthias Herfeldt zeigt, was alles unter diesem Begriff zusammenkommt. Er setzt sich mit den Irrlichtern der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung auseinander. Schliesslich unternimmt er den anspruchsvollen Versuch, wegweisende Alternativen zu skizzieren. Der Text gibt das Referat wieder, das der Verfasser an der Jahresversammlung der Religiös-Sozialistischen Vereinigung und der Neuen Wege am 15. Juni 2002 in Basel gehalten hat. Matthias Herfeldt arbeitet bei der Erklärung von Bern und ist Programmverantwortlicher von «The Public Eye on Davos». Red.

Was ist Globalisierung? Oder Der Washington Consensus

Globalisierung kann als Klammer gesehen werden für eine *Vielzahl von Prozessen* in Politik, Wirtschaft, Kultur und Technik. Lässt man Menschen spontan auf die Frage antworten, was Globalisierung sei, so kommt zum Beispiel folgendes zusammen: «Davos und so, dass die ganze Welt heute zusammengerückt ist, die Yankees die Welt beherrschen, die Wirtschaft die Landesgrenzen nicht mehr respektiert, der Kapitalismus gesiegt hat, die Welt als *global village*, 11. September, Erdbeeren an Weihnachten, viele AfrikanerInnen im Tram und ein SMS von meiner Freundin aus Südafrika.»[1]

Besonders kontrovers diskutiert wird über die *wirtschaftliche Globalisierung*. Sie bezeichnet die sich über nationale Grenzen hinweg ausbreitenden wirtschaftlichen Aktivitäten. Oder in anderen Worten: Die Zunahme grenzüberschreitender ökonomischer Verflechtungen, von Finanzströmen, Produktions-, Handels- und Distributionsstrukturen. Wirtschaftliche Beziehungen zwischen den Ländern sind aber kein neues Phänomen und waren auch schon Anfang des letzten Jahrhunderts «mindestens so globalisiert» wie heute.[2]

Das Schlagwort «Globalisierung» ist aber erst anfangs der 1990er Jahre entstanden, als mit dem *Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung* die Bahn frei wurde für eine globale, kompromisslose und einheitliche Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik.

Das *ideologische Fundament* des Globalisierungsprozesses wurde bereits ein halbes Jahrhundert vor der Konturierung dieses wirtschaftspolitischen Programms gelegt. Mit der Begründung des Neoliberalismus haben Wirtschaftswissenschaftler wie *Friedrich August von Hayek* den Weg zur Globalisierung bereitet. Auf ihr Erbe berufen sich die Architekten des *Washington Consensus*, welche diese radikal wirtschaftsliberalen

Grundsätze entwicklungspolitisch «fruchtbar» machten. Dies geschah 1990, unmittelbar nach dem Triumph des Kapitalismus über die kommunistische Planwirtschaft. Ab sofort konnte man also von einem *One World Consensus*, d.h. einer universellen Konvergenz, sprechen. Das Attribut «Washington» rührt daher, dass die international dominierenden Finanzinstitutionen alle in Washington ansässig sind: das US-amerikanische Finanzministerium, die US-amerikanische Notenbank und die sogenannten Bretton Woods Institutionen: der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank.

Zum Inhalt des Washington Consensus zählen *zehn wirtschafts- und sozialpolitische Prinzipien*[3]: Haushaltsdisziplin, Orientierung der öffentlichen Ausgaben auf die produktivsten Bereiche, Steuerreform (Senkung der Steuersätze für Reiche und Unternehmen bei gleichzeitiger Verbreiterung der Steuerbasis), Liberalisierung der Zinsen (Zinserhöhung, um ausländische Investoren anzulocken), wettbewerbsfähige Wechselkurse (d.h. Abwertung für Länder mit Handelsdefiziten), Liberalisierung des Aussenhandels, Liberalisierung des Kapitalverkehrs, Privatisierung von Staatsbetrieben, Deregulierung der Märkte, Sicherung der Eigentumsrechte.

Die Anwendung dieser Prinzipien soll, ungeachtet länderspezifischer Prädispositionen, überall auf der Welt zu wirtschaftlicher Entwicklung, also zu Wachstum und schliesslich Wohlstand führen. Dass sich die *Armutsproblematik* in den Ländern des Südens dabei nicht gleich von selbst erledigt (entsprechend dem Modell des *trickling down*, wonach der Aufschwung mit der Zeit auch die Armutsbetroffenen erfassen würde), haben die Herren in Washington inzwischen auch eingesehen. Seit geraumer Zeit sind sie deshalb zum *Post-Washington-Consensus* übergegangen und verordnen den ärmeren Ländern heute als Remedur eine mit Konzepten zur Armutsbekämpfung angereicherte neoliberale Wirtschaftspolitik. Doch auf die Erfüllung der Wohlstands-Verheissungen warten die Verlierer und Verliererinnen im Globalisierungsprozess noch immer. Die Armutszahlen stagnieren auf hohem Niveau, und die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich zusehends: Betrug das Verhältnis zwischen dem reichsten und dem ärmsten Fünftel der Weltbevölkerung 1980 noch 1:45, so ist es bis heute auf 1:80 angewachsen.[4] Von der Globalisierung profitieren folglich einseitig die Reichen.

Falsche Prophetie für arme Länder

Auf der neoliberalen Welle reiten nicht nur die Washington Boys. Auch diesseits des Atlantiks stehen die Segel auf Freihandel. So behauptete zum Beispiel unser Schweizer Bundespräsident *Kaspar Villiger* an der «Public Eye»-Konferenz in New York, Globalisierung sei gut für die Armen.[5] Auch Wirtschaftsminister *Pascal Couchepin* bzw. das ihm unterstellte Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) gehört zu den rastlosen Verfechtern der globalen Liberalisierung der Märkte. Nachzulesen ist die Seco-Globalisierungspropaganda im Bericht des Bundesrats zur Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz 2001 sowie in einer Sonderausgabe der Seco-Publikation «Die Volkswirtschaft», welche zeitgerecht kurz vor der WEF-Jahresversammlung in New York, im Januar 2002, herausgegeben wurde.[6] Doch einen Zusammenhang zwischen niedrigen Handelsschranken (also Marktöffnung) und hohem Wirtschaftswachstum bzw. Erfolg in der Armutsbekämpfung gibt es nicht, das belegen Studien der Wirtschaftsprofessoren von Maryland und Harvard, *Francisco Rodriguez* und *Dani Rodrik*.[7]

Gewachsen sind nämlich seit den 1980er Jahren in der Regel gerade nicht die Globalisierer und Liberalisierer unter den Entwicklungsländern. Dies gilt beispielsweise für die bevölkerungsreich-

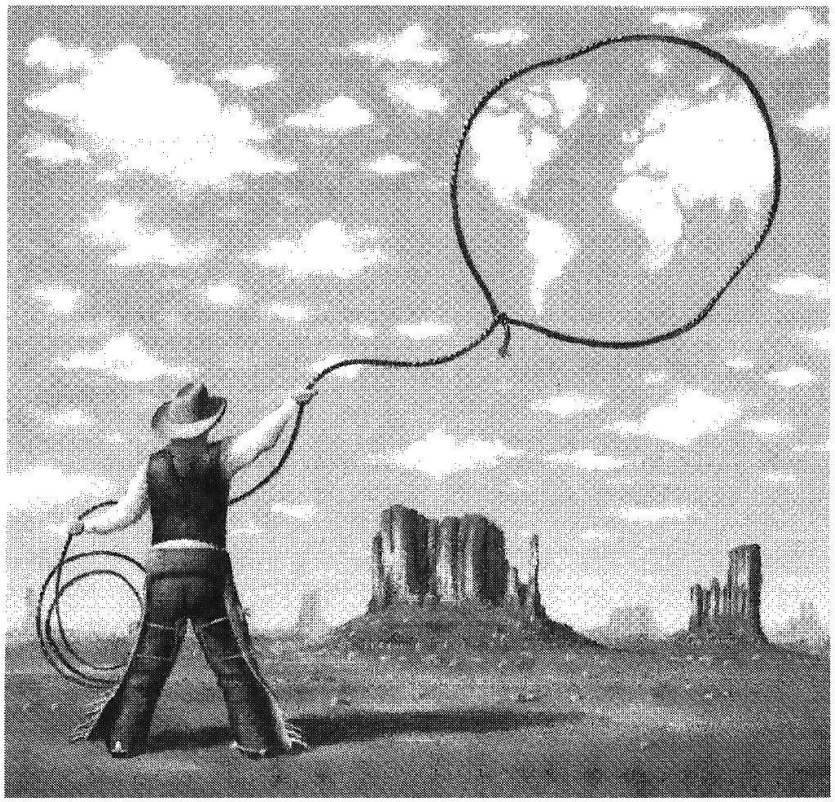
sten Staaten *China* und *Indien*. Sie weisen hohe Wachstumszahlen aus, schützen ihre Märkte aber – zumindest in der Anfangsphase der Globalisierung – mit hohen Zöllen auf Importprodukten, was den Prinzipien des freien Welthandels krass widerspricht. Länder wie *Kamerun* oder *Haiti* hingegen, die nur geringe Zölle erheben, stagnieren oder erleiden gar Einkommenseinbussen.

Dass die Entwicklung der ärmeren Länder ausbleibt und sich als falsche Prophetie erweist, erstaunt allerdings nicht. Denn die *Prioritäten der Liberalisierer* sind anders gelagert. Dies illustriert ein Zitat des inzwischen in der breiten Öffentlichkeit berühmten «Abzockers» *Percy Barnevik*, WEF-Stiftungsrat und ehemals CEO des ABB-Konzerns: «Ich definiere Globalisierung als die Freiheit unseres Konzerns, zu investieren, wo und wann er will, zu produzieren, was er will, zu kaufen und zu verkaufen, wo er will, und alle Einschränkungen durch Arbeitsgesetze oder andere gesellschaftliche Regulierungen so gering wie möglich zu halten.»[8] Mit anderen Worten: Die Maxime seiner Firma lautet, tun und lassen zu können, was sie will – und nicht etwa durch sozial verantwortliches Handeln nachhaltige Entwicklungschancen für alle zu mehren!

So ist die neoliberale Globalisierung denn auch kein naturwüchsiger Prozess, sondern eine gezielte, interessengeleitete *Strategie* von Konzernen und Regierungen (allen voran die USA, aber auch Europa und Japan).

Transnationale Unternehmen: zwei Drittel des Welthandels, 5 Prozent Arbeitsplätze

Weltweit soll es gemäss Schätzungen der UNO-Organisation für Handel und Entwicklung (UNCTAD) *63 000 Konzerne* (auch transnationale Unternehmen genannt) geben. Davon haben drei Viertel ihren Sitz in den USA, Japan oder Europa. Von den 100 grössten Konzernen haben gar 99 ihren Hauptsitz im Norden. Verglichen mit der wirtschaftlichen Bedeutung von Ländern ist die Macht der Konzerne beträchtlich. So sind von den 100 grössten wirtschaftlichen Einheiten 51 privatwirtschaftliche Unternehmen und 49 Länder. An einem Beispiel veranschaulicht: Der Umsatz des weltweit grössten Konzerns, *General Motors*, übersteigt die (addierten) Bruttosozialprodukte von Irland, Neuseeland und Ungarn.



Weltpoliozist in Aktion (aus: «The Economist», 29. Juni 2002)

Ihre wirtschaftlichen Aktivitäten entfalten transnationale Unternehmen *per definitionem* in mehreren Ländern. Sie sind nicht an einen bestimmten Standort gebunden, sondern suchen weltweit die für sie günstigsten Produktionsbedingungen. Länder und Produktionsstandorte stehen nunmehr in Konkurrenz zueinander und versuchen den Konzernen möglichst attraktive Voraussetzungen zu bieten. Dieser *Standortwettbewerb* der Länder nimmt zum Teil *ruinöse Züge* an. Eigentlich sollten Unternehmen ja Steuern zahlen und so gemeinwirtschaftliche Leistungen wie Infrastruktur, Sicherheit, Bildung etc. abgelten. Stattdessen werden ihnen Steuervergünstigungen oder gar Subventionen gewährt.

Das Anwerben von Konzernen, sprich

von Auslanddirektinvestitionen, ist für viele, gerade wirtschaftlich schwache Länder kontraproduktiv. Zum einen schaffen die Konzerne vergleichsweise wenig Arbeitsplätze im Investitionsland. Weltweit sind sie zwar für *zwei Drittel des Welthandels* verantwortlich, aber lediglich für *fünf Prozent aller Arbeitsplätze.* Ausserdem bleiben die Konzern-Gewinne selten im Land. Statt den *Surplus* zu reinvestieren und die Wirtschaft des Gastlandes anzukurbeln, fliessen sie in der Regel zurück an die ausländischen Kapitalgeber. Gemäss OECD-Zahlen und Schätzungen von Oxfam flossen 1998 rund 118 Milliarden US-Dollar Direktinvestitionen vom Norden in die Länder des Südens und im gleichen Zeitraum 160 Milliarden US-Dollar im Form von Dividenden zurück in den Norden. Netto zieht der Süden also den Kürzeren: Es fliesst mehr Geld raus als rein.

Folglich ist es verfehlt, wenn ärmere Länder ihre wirtschaftspolitische Strategie allein auf Konzerne ausrichten. Mehr Sinn macht in vielen Fällen die Unterstützung der *Lokalwirtschaft.* Allerdings sind den Regierungen des Südens oft die Hände gebunden, weil Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) eine Bevorzugung von inländischen Wirtschaftsunternehmen gegenüber ausländischen Konkurrenten verbieten.

Internationale Organisationen: WTO

Die Globalisierungsdebatte entzündet sich auch an zwischenstaatlichen Institutionen wie der WTO. Sie ist die Koordinationsinstanz, welche den internationalen Handel reguliert. Entstanden ist die WTO 1995 aus dem *Vorläufer GATT* (General Agreement on Tariffs and Trade), als die Uruguay-Runde zum Abschluss gebracht wurde. Die Aufgabe der WTO ist die Liberalisierung des Handels, d.h. der Abbau von Handelsschranken (vor allem von Zöllen und Kontingenten) und die Öffnung der Märkte weltweit.

Vollmundig wird den *Entwicklungsländern* versprochen, sie könnten durch diese Massnahmen am Wohlstand des Nordens teilhaben und die Armutsproblematik bewältigen. Tatsächlich haben jedoch die ärmsten Länder keine Chance, am Weltmarkt zu partizipieren oder davon zu profitieren. Entweder weil sie keine exportfähigen Güter besitzen bzw. auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sind. Oder weil sie in die sogenannte Exportfalle tappen: Schlagen nämlich viele dieser Länder den gleichen Entwicklungsweg ein, konkurrenzieren sie sich auf dem Weltmarkt und die Preise sinken aufgrund des Überangebots – wie in der Vergangenheit vor allem bei Rohstoffen geschehen.

Es ist folglich kein Zufall, dass die WTO (neben der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds) eine jener globalen Institutionen ist, welche im *Zentrum der Globalisierungskritik* stehen. Die Kritik am WTO-Vertragswerk ist immer breiter abgestützt, und immer selbstbewusster melden sich auch Staaten des Südens zu Wort. Pointiert äusserte sich Senegals Staatspräsident *Abdoulaye Wade* vor der Ministerkonferenz der WTO in Katar, als er den USA und Europa ihr betrügerisches Verhalten zum Schutz ihrer eigenen Märkte vorwarf.

Besonders bedrohend für die Landwirtschaft und somit für ganze Volkswirtschaften des Südens ist die *Liberalisierung des Agrarhandels,* d.h. die verlangte Öffnung der Agrarmärkte bei gleichzeitiger Beibehaltung von horrenden, anti-marktliberalen *Exportsubventionen* in den industrialisierten Staaten. Eine politische Reaktion auf diese Ungleichbehandlung steht diesen Ländern aber nicht mehr offen, denn «wenn wir nur schon davon reden, für subventionierte europäische Agrarprodukte eine Kompensation zu erheben, dann droht uns der Westen, die Programme von Weltbank und Internationalem Währungsfonds zu stoppen», schilderte Wade

die Ausweglosigkeit der ärmeren Länder.[9]

Die bestehenden Ungerechtigkeiten in den WTO-Abkommen sind das Resultat von *ungerechten Verhandlungsprozessen*. Sofort ersichtlich ist, dass die ärmeren Länder aufgrund ihrer viel kleineren Verhandlungsdelegation und dem kleineren *Backoffice* im Heimatland nicht die gleichen Möglichkeiten haben, sich auf internationale Verhandlungen vorzubereiten. Wenn sie in gemeinsame Verhandlungen mit Industrieländern einsteigen, kommt die Situation einem Fussballspiel gleich, bei dem eine komplette Elf gegen eine Mannschaft spielt, die bloss aus einem Torhüter besteht. So waren an der WTO-Ministerkonferenz in Katar die USA, die EU und Japan mit total 721 Delegierten vertreten, die 39 ärmsten Länder jedoch bloss mit 276 Delegierten. Dazu kommt, dass die Interessen der Industrieländer von einer starken Lobby der multinationalen Konzerne unterstützt wird, welche den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auch finanziell überlegen ist. Ein einseitiges Resultat kann unter dieser Konstellation nicht überraschen.

Reicht die bestehende Übermacht nicht aus, um ein für den Norden vorteilhaftes Abkommen zu erreichen, werden immer wieder auch andere Instrumente zu Hilfe genommen. Der *Stopp von Weltbankprogrammen* wurde bereits erwähnt, der *Entzug von Entwicklungshilfe* ist ein anderes Mittel, welches im Vorfeld der Verhandlungen in Katar von den USA gegenüber Bolivien und der Dominikanischen Republik eingesetzt wurde. Und als letzte Waffe gilt der Griff zu *Wirtschaftssanktionen*. So hatten sich Brasilien und Indien solange gegen die Aufnahme von Patentfragen in die WTO-Abkommen gewehrt, bis die USA Strafzölle gegen diese Länder angedroht und im Falle von Brasilien auch durchgesetzt haben. Ob man in solchen Fällen überhaupt noch von Verhandlungen sprechen kann, oder ob es sich nicht vielmehr um *Erpressung* handelt, sei dahingestellt. Gleich lange Spiesse bzw. eine Demokratisierung der WTO tun also trotz formellem Konsensverfahren not.[10]

Globalisierungskritische Bewegung

Der *Widerstand* gegen die ungebremste wirtschaftliche Globalisierung wächst in den letzten Jahren stetig und ist vielfältig. Demonstrationen wie in *Seattle* (WTO-Ministerkonferenz, November 1999), *Davos* (WEF-Jahrestreffen, Januar 2000, 2001), *Genua* (G8, Juli 2001) oder *Rom* (FAO-Welternährungsgipfel, Juni 2002) sind nur die sichtbare Spitze des Eisbergs. Die Schar der Kritikerinnen und Kritiker umfasst Regierungen und Basisorganisationen des Südens genauso wie Wissenschaftler und engagierte Geschäftsleute des Nordens, NGOs und Gewerkschaften etc. Globalisierungskritiker sind zwar ein bunter Haufen, aber bestimmt nicht ein Haufen Rowdies, wie von George W. Bush anlässlich des G8-Gipfels in Genua apostrophiert.[11] Nicht alle am G8-Gipfel beteiligten Staatsführer haben sich freilich abfällig über die Demonstrierenden geäussert. *Gerhard Schröder* z.B. liess gegenüber der Öffentlichkeit verlauten, er nehme die Proteste ernst.[12] Zumindest erweist er sich damit als diplomatischerer Kommunikator und gewiefterer Taktiker im Umgang mit politischen Gegnern als *Bush,* der ja bekanntlich in texanischer Cowboy-Manier die «Achse des Bösen» offen benennt.

Als Bezeichnung für diesen bunten Haufen hat sich inzwischen der Begriff der globalisierungskritischen Bewegung durchgesetzt. Nicht zuletzt dank der *technologischen Globalisierung* bewegt sie sich ebenso in transnationalen Dimensionen wie die *Global Players* der Wirtschaft. Dies war allerdings auch schon bei früheren Protestbewegungen der Fall. Zu Recht hat der jetzige deutsche Aussenminister und früher selbst bewegte Aktivist *Joschka Fischer* einmal festgestellt, dass die «transnationale

Orientierung ein wesentliches Merkmal der 68er-Bewegung»[13] gewesen sei.

Physisch fassbar ist diese heterogene Bewegung nicht nur an Demonstrationen. Seit 2001 versammelt sich die Bewegung am Weltsozialforum (WSF) in *Porto Alegre*. Heuer trafen sich im südlichen Brasilien mehr als 50 000 Personen, um unter dem Motto «eine andere Welt ist möglich» Alternativen zur neoliberalen Globalisierung zu diskutieren.[14] Aus den Listen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des WSF ist ersichtlich, dass die Bewegung vielfältig, in Kleingruppen aufgesplittert und fragmentiert, aber auch durch Netzwerke zusammengehalten ist. Dies wird der Bewegung bald als Schwäche ausgelegt, bald als Stärke. Als *Schwäche*, weil das einzig Vereinende die Kritik an der herrschenden Globalisierung sei. Sobald es aber um konkrete Alternativvorschläge gehe, sei Schluss mit der Einhelligkeit. Als *Stärke* wird die Vielfalt dem gegenüber aufgefasst, weil keine der Gruppierungen die Oberhand gewinnen und ihr Modell von Gesellschaft und Wirtschaft als das einzig gültige der Welt überstülpen könne.

Ob die Heterogenität der Bewegung sich schliesslich als Zeichen ihrer Stärke erweist und zum politischen Durchbruch führen wird oder vielmehr zu ihrem Auseinanderbrechen, ist noch ungewiss. Soll dieser Durchbruch hin zu einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung im Rahmen von demokratischen Ausmarchungsprozessen gelingen, so ist folgende Bedingung zu erfüllen: Die Bewegung muss, ob im Rahmen des WSF-Prozesses oder in anderen Reflexionszusammenhängen, ihre Anliegen klarer konturieren, bündeln und in kohärente, realpolitisch anschlussfähige *Alternativkonzepte* giessen.

Alternative Ansätze und Visionen

Über das *Stadium der schieren Kritik und Anklage* muss die globalisierungskritische Bewegung hinausgelangen, will sie an Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft zulegen. Allerdings passiert dies nicht von heute auf morgen – denn (nachhaltige) gesellschaftliche Veränderungen sind immer ein längerfristiger Prozess.

Dass in ideologischen Elfenbeintürmen vorgefertigte Modelle einer partizipativen Entwicklung hin zu gerechteren sozialen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen hinderlich sind, heisst aber nicht, dass es keine klare Zielrichtung brauchte, die als *regulative Idee* wirksam wäre. Als solcher Wegweiser kann das Konzept des *demokratischen Sozialismus* dienen, welches auf die aufklärerischen und gleichsam christlichen Werte der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität abstellt. Solche Wegweiser sind bitter nötig, damit sich die Akteure guten Willens nicht in der politischen Orientierungslosigkeit verlieren und erkennen, in welche Richtung sie sich bewegen sollen, wenn sie gegen den Strom: den neoliberalen Mainstream, schwimmen wollen.[15]

Einen Versuch, die Vielzahl von alternativen Ansätzen und visionären Entwürfen zu kompilieren und ein *umfassendes alternatives Gesamtkonzept* zur ökonomischen Globalisierung vorzulegen, unternimmt ein AutorInnenkollektiv, das aus den grossen Namen der Globalisierungskritik aus Süd und Nord zusammengesetzt ist. In der bereits erhältlichen Zusammenfassung des Berichts werden folgende Reformen gefordert[16]:

- Eine vereinheitlichte *Global Governance*, d.h. globale Regierungsführung im Rahmen einer, reformierten *UNO*. Die Hoffnungen werden auf die UNO gesetzt, weil sie (im Unterschied zu den mächtigen internationalen Organisationen wie WTO, IWF und Weltbank) von ihrem Auftrag her humanitäre und ökologische Anliegen in den Vordergrund stellt. Allerdings wird auf die Notwendigkeit ihrer Demokratisierung und Abgrenzung gegenüber dem wachsenden Einfluss der Konzerne hingewiesen.

• Eine Schwächung oder gar Abschaffung der *WTO*. Nötig sind diversifizierte, an regionale (Entwicklungs-)Bedürfnisse angepasste Regelungsstrukturen.
• Eine Schwächung oder gar Abschaffung von *IWF und Weltbank,* insbesondere der Abbau von neoliberalen Strukturanpassungsmassnahmen gemäss den Prinzipien des *(Post-)Washington Consensus* und die Etablierung von regionalen Währungsfonds, welche die Generierung und Allokationen von Finanzressourcen gemäss den eigenen und nicht primär den Interessen der Akteure aus den Industrieländern organisieren.
• Eine Stärkung von anderen *internationalen Organisationen.* Insbesondere die UNO-Sonderorganisationen oder -Programme wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und das UNO Umweltprogramm (UNEP) sollen in ihrer Bedeutung und Kompetenz aufgewertet werden. Dabei ist das Prinzip der *Subsidiarität* zu beachten: Nur was lokal nicht geregelt werden kann, wird auf globaler Ebene festgelegt.
• Die Schaffung neuer globaler Institutionen: z.B. die Etablierung eines internationalen *Insolvenzgerichts* für zahlungsunfähige Staaten als wirksame Massnahme gegen die Verschuldungsproblematik oder die Etablierung einer UNO-Sonderorganisation zur *Rechenschaftspflicht der Konzerne,* welche den Regierungen und der Öffentlichkeit Informationen über Menschenrechtsverletzungen als Basis für juristische Sanktionen auf nationaler Ebene liefert.

Es fehlt also nicht an gangbaren Konzepten für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung, sondern an der Bereitschaft der Wirtschaftsführer und am *politischen Willen* der Regierungen nördlicher wie auch südlicher Länder. Deshalb ist es gut, dass die globalisierungskritische Bewegung die Missstände beklagt und die Öffentlichkeit aufrüttelt. Denn ein Prozess der Globalisierung von Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit kann nur *von unten* in Gang gebracht werden und muss von breiten Bevölkerungsschichten in allen Weltgegenden getragen werden.

•

[1] Die illustrative Aufzählung ist die Ausbeute einer Umfrage von Berthold Rothschild, in: WoZ, 8. Mai 2002.
[2] So der US-amerikanische Wirtschaftshistoriker Harold James, The End of Globalization: Lessons from the Great Depression, 2001.
[3] John Williamson, What should the World think about the Washington Consensus? In: The World Bank Observer, August 2000.
[4] Richard Gerster, Globalisierung und Gerechtigkeit, 2001.
[5] The Wall Street Special, EvB-Magazin-Sonderausgabe zum «Public Eye» in New York, Februar 2002.
[6] Vgl. auch *www.evb./index.cfm?page_id=1071&archive=none.*
[7] Francisco Rodriguez und Dani Rodrik: Trade Policy and Economic Growth: A skeptic's Guide to the Cross-National Evidence, 2000.
[8] Robert Senser (Hrsg.), Human Rights for Workers, Dezember 2000 (vgl. *www.senser.com*).
[9] Le Monde, 14. November 2001.
[10] Zu den amerikanischen Zwangsmassnahmen im Konsensverfahren der WTO vgl. WoZ vom 13. Juni 2002.
[11] Im gleichen Atemzug liess George W. Bush verlauten, wer gegen den Freihandel sei, der sei gegen die Armen. Damit erinnert er in seinem fanatischen Eifer an eine Proklamation des britischen Textilindustriellen John Bowring (um 1840, also in der Blütezeit des Manchester-Liberalismus): «Jesus Christus ist der Freihandel – der Freihandel ist Jesus Christus» (zitiert nach Marx, Das Elend der Philosophie, 1847).
[12] Gerhard Schröders Grundsatzrede zur Wirtschaftspolitik, in: Frankfurter Rundschau, 6. September 2001.
[13] Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.), Prag – Berlin – Paris – 1968. Internationale Konferenz am 21./22. Mai 1993 in Prag.
[14] *www.forumsocialmundial.org.br*
[15] Vgl. zum Konzept des demokratischen Sozialismus den Beitrag von Willy Spieler «Abschied vom demokratischen Sozialismus?», in: NW, Mai 2002.
[16] Alternatives Committee of the International Forum on Globalization (Hrsg.): Executive Summary: A better world is possible! Alternatives to economic globalization, 2002 (*www.ifg.org/alt_eng.pdf*).